

## II. KRITIK

Till Kössler

### Utopie und Realpolitik

Neuerscheinungen zum Kommunismus und Sozialismus in Deutschland

*Eric D. Weitz, Creating German Communism, 1890-1990. From Popular Protests to Socialist State, Princeton (Princeton University Press) 1997*

*Patrick Major, Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West Germany, 1945-1956, Oxford (Oxford University Press) 1997*

*David E. Barclay and Eric D. Weitz (eds.), Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990, New York (Berghahn Books) 1998*

Der Zusammenbruch des Kommunismus hat der Forschung zur sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung seit 1989 neue Impulse gegeben. Dies hängt nicht nur mit der Öffnung vieler bislang verschlossener Archive zusammen, sondern auch mit einem Perspektivwechsel auf die Geschichte des Kommunismus, der nun weniger als politische Theorie denn als historisches Epochenphänomen erscheint. Fragen jenseits der Dogmen des Kalten Krieges rücken ins Blickfeld. Schließlich hat auch die allgemeine Entwicklung der Geschichtsschreibung hin zu neuen kulturgeschichtlichen Themen und Fragen in der Kommunismus- und Sozialismusforschung einen Niederschlag gefunden.

Vor diesem Hintergrund hat in den letzten Jahren besonders die Arbeit von Klaus-Michael Mallmann zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik einige Aufmerksamkeit auf sich gezogen.<sup>1</sup> Mallmanns dezidierte Abkehr von einer traditionellen politischen Geschichtsschreibung des Kommunismus und seine Konzentration auf die soziale Basis der politischen Bewegung hat neue Forschungsbereiche erschlossen, gleichzeitig aber auch vehemente Kritik auf sich gezogen. Besonders das unverbundene Nebeneinander von reformistischer kommunistischer Basis und radikaler „Avantgarde“ in seiner Arbeit wurde kritisiert.<sup>2</sup> Parallel zu Mallmanns Untersuchung ist die Studie von

<sup>1</sup> Klaus-Michael Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996.

<sup>2</sup> Vgl. etwa Sigrid Koch-Baumgarten, *Eine Wende in der Geschichtsschreibung der KPD in der Weimarer Republik?*, in: *Internationale wiss. Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK)* 34 (1998), S. 84. Andreas Wirsching, „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 45 (1997), S. 449-66; Rezension Eberhard Kolb, in: *IWK* 33 (1997), S. 157.

Eric Weitz entstanden, die auf einen ähnlichen Paradigmawechsel in der Kommunismusforschung zielt. Auch Weitz geht es um die Einbettung des Kommunismus in die deutsche Gesellschaftsgeschichte. In vielerlei Hinsicht läßt sich seine Studie aber als ein Gegenentwurf zu Mallmanns Thesen lesen.<sup>3</sup> Während Mallmann vor allem die Wechselbeziehungen zwischen KPD und den lokalen Gesellschaften untersucht, stellt Weitz die Wechselbeziehungen zwischen Kommunisten und Staat in den Mittelpunkt und wählt einen stärker kulturgeschichtlichen Zugriff. Er beschreibt, wie sich in den revolutionären Unruhen nach dem Ersten Weltkrieg in Auseinandersetzung mit der staatlichen Ordnung eine spezifische kommunistische Deutungswelt und Parteikultur herausbildete, die den deutschen Kommunismus bis in die 1980er Jahre hinein entscheidend prägte. Die Ursprünge der DDR, so eine zentrale These der Arbeit, lagen in der Weimarer KPD. Weitz stellt seine Argumentation dabei in den weiteren Kontext eines die moderne deutsche Geschichte prägenden Konfliktes von sozialen Protestbewegungen und disziplinierendem Obrigkeitsstaat.

Finden sich in der Vorkriegssozialdemokratie schon einige Merkmale des Weimarer Kommunismus, vor allem eine Rhetorik unnachgiebigen Kampfes, begreift Weitz ihn doch als Kind der sozialen Protestbewegungen der Kriegs- und Nachkriegszeit. In ihnen bildeten sich die wesentlichen Merkmale des Kommunismus heraus, insbesondere die Feindschaft gegenüber der „reformistischen“ SPD und eine Naherwartung der Revolution, deren Herbeiführung ein kompromißloses Vorgehen erfordere. Im Gegensatz zur herkömmlichen Auffassung eines dem russischen Bolschewismus entgegengesetzten deutschen „freiheitlichen Kommunismus“ betont Weitz stärker die Nähe zwischen den Positionen Lenins und Luxemburgs. Die „Stalinisierung“ der KPD sieht er als der deutschen Partei von Anfang an inhärente Möglichkeit und nicht vorwiegend als das Ergebnis sowjetischer Einwirkung. Gegen die junge KPD formierte sich in Weimar eine breite, die SPD einschließende „coalition of order“, die versuchte, die in der Revolution 1918/19 freigesetzten radikalen Kräfte einzudämmen. Neben dem Zuckerbrot des Ausbaus sozialer Leistungen sei eine Strategie der industriellen Rationalisierung implementiert worden, um die Arbeiterbewegung teils in den Staat zu integrieren, teils zu spalten.

Eine fundamentale Bedeutung kommt in der Argumentation von Weitz den jeweiligen öffentlichen Räumen zu, in denen die KPD agierte. Bildeten zunächst die Betriebe das primäre Handlungsfeld der Kommunisten, wurde im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen, durch die die Kommunisten zum großen Teil aus den Betrieben verdrängt wurden, immer mehr die Straße zum Ort der KPD-Politik. Diese legte einen auf Inszenierung und Symbolik konzentrierten Politikstil nahe, dessen Eckpunkte eine Rhetorik kompromißlosen Einsatzes und männlichen Kämpfertums waren. Die KPD versuchte dabei beständig, spontane und zunächst parteipolitisch ungebundene Protestbewegungen aufzugreifen, zu kanalisieren und ihnen eine kommunistische Bedeutung und Note zu geben. Hierin war sie teilweise erfolgreich, allerdings um den Preis der Isolation von praktisch allen ande-

<sup>3</sup> Weitz lag Mallmanns Studie vor dem Abschluß seiner Arbeit offensichtlich nicht vor.

ren politischen und gesellschaftlichen Gruppen. Die auf diese Weise geprägte Parteikultur stellt sich als Konglomerat emanzipatorischer und autoritärer Züge dar. Das formale Bekenntnis zur Frauenemanzipation wurde beispielsweise in der Praxis durch die Betonung von Männlichkeit und eine mangelhafte Berücksichtigung konkreter Fraueninteressen konterkariert.

Während der Verfolgung durch den Nationalsozialismus blieb die KPD weitgehend ihren Wahrnehmungsmustern aus der Weimarer Zeit verhaftet, ihre gesellschaftliche Abschottung verstärkte sich noch. Nachdem es in der unmittelbaren Nachkriegszeit zunächst so schien, als könne eine gegenüber anderen politischen Kräften kompromißbereitere Position des „Dritten Weges“ innerparteilichen Einfluß erringen, dominierte bald wieder die unnachgiebige, auf die Weimarer Erfahrungen bezogene Politik. Die Weimarer Protestpartei wurde zur ostdeutschen Staatspartei.

Die Stärken von Weitz Arbeit liegen eindeutig in der Beschreibung der kommunistischen Deutungs- und Parteikultur und ihrer Entstehungsbedingungen. Durch die Berücksichtigung erfahrungsgenerierter Überzeugungen und Praktiken gelingt es ihm, das kommunistische Basis und Parteiführung Verbindende in den Blick zu bekommen. Während Mallmann in der Hervorhebung der Gegensätze und Spannungen zwischen Führung und Basis nur schwer die Existenz der KPD zu erklären vermag, arbeitet Weitz überzeugend die hierarchie- und flügelübergreifenden gemeinsamen Grundüberzeugungen in der Partei heraus. Auch in bezug auf die Außenbeziehungen der KPD betont Weitz gegenüber Mallmann eher die Homogenität und Exklusivität der Kommunisten. Ohne explizit auf Mallmanns Modell des „linksproletarischen Milieus“ Bezug zu nehmen, akzentuiert er doch vor allem die Abgrenzung und gegenseitige Animosität zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten vor Ort. Zum einen Teil sind die Unterschiede in diesem Punkt wohl auf die unterschiedliche Quellengrundlage der beiden Arbeiten zurückzuführen. Die parteipolitischen Verwerfungen im sozialistischen Lager scheinen in den Regionen Halle-Merseburg und Ruhrgebiet, die Weitz hauptsächlich untersucht, weit stärker gewesen zu sein als in den saarländischen Industrieorten, die Mallmann schwerpunktmäßig betrachtet. Zur genaueren Gewichtung der beiden konträren Positionen sind deshalb wohl weitere detaillierte Lokalstudien notwendig.

Weniger überzeugend fällt Weitz' Beschreibung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Kommunismus aus. Sicherlich war die Absicht der „Eindämmung“ der sozialistischen Arbeiterbewegung und speziell der Kommunisten ein wichtiges Motiv staatlichen und unternehmerischen Handelns im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Aber die moderne deutsche Geschichte nur unter dem Aspekt der Disziplinierung zu sehen, vereinfacht sie doch zu sehr. Auch Weitz' These einer Kontinuität der kommunistischen Kultur über den Nationalsozialismus hinweg in die DDR bedarf noch weiterer empirischer Vertiefung und Differenzierung. Die Studie stützt sich hier fast ausschließlich auf Sekundärliteratur. Die Bedeutung der kommunistischen Tradition für die KPD und SED der Nachkriegszeit darf sicherlich nicht unterschätzt werden. Angesichts des großen

Zustroms von Neumitgliedern in die SED, die nicht dem Weimarer Parteimilieu angehört hatten, müssen aber auch andere Traditionen berücksichtigt werden.

Der Zusammenbruch des Kommunismus 1989 hat dazu geführt, daß die Geschichte von DDR und Bundesrepublik in ihren Wechselwirkungen enger aufeinander bezogen werden. Die Frage nach der Rolle der westdeutschen KPD im „Kalten Bürgerkrieg“ (Peter Bender) ist dabei eine besonders interessante, stand sie doch als „Partei Moskaus“ im Westen gleichsam zwischen den ideologischen Fronten der weltpolitischen Auseinandersetzung. Nachdem sie in der Zusammenbruchsgesellschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit zunächst durchaus erfolgreich gewesen war, verlor die Partei als zentrale kommunistische Organisation bis zu ihrem Verbot 1956 neben einem Großteil der Anhänger und Wähler fast allen politischen Einfluß. Angesichts der durchaus positiven frühen Wahlergebnisse und des relativen Erfolges der kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich nach dem Krieg stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach den Ursachen des Zerfalls des Kommunismus in Westdeutschland. Die auf einer Oxforder Dissertation basierende Studie von Patrick Major setzt sich zum Ziel, diese Frage zu beantworten. Major wählt dabei einen breiten politikgeschichtlichen Zugang und verankert den „Tod der KPD“ in der Geschichte des Kalten Krieges. Detailliert werden die Wechselwirkungen zwischen den Interessen von DDR und Sowjetunion in der Blockkonfrontation, der Politik der KPD im Westen und dem Handeln der Besatzungsmächte und deutschen Behörden gegenüber den Kommunisten zwischen 1945 und 1956 erläutert. Die Arbeit stützt sich dabei auf die erst seit 1990 allgemein zugänglichen Akten der KPD und SED und kann so die interne Entwicklung der westdeutschen Partei und im besonderen ihr Verhältnis zur SED untersuchen, ein Bereich, in dem die bisherige KPD-Historiographie zumeist auf Vermutungen angewiesen war. Die Studie behandelt dem Anspruch nach ganz Westdeutschland, ihr Quellenschwerpunkt liegt aber im Ruhrgebiet, der wichtigsten Hochburg der KPD in der Nachkriegszeit.

Drei Ursachenbündel werden für den Verfall des Kommunismus in der Bundesrepublik verantwortlich gemacht: Mittel- und langfristig wirkende sozioökonomische Entwicklungen; die selbstzerstörerische, ganz den innen- und außenpolitischen Interessen der DDR und der Sowjetunion folgende Politik der KPD-Führung; schließlich die spätestens seit 1947/48 von den westlichen Besatzungsmächten, deutschen Behörden und Gewerkschaften betriebene und von der großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützte Politik der Ausgrenzung und Repression der KPD. Während Major auf den ersten Punkt nur knapp eingeht und dazu im wesentlichen auf die existierende Literatur zurückgreift, liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf den letzten beiden Faktoren: Der umfangreichere erste Teil des Buches beschäftigt sich mit der inneren Organisation der KPD und dem Wandel ihrer Politik bis 1956. Der knappere zweite Teil wendet sich dann dem „Antikommunismus“ zu. Major faßt hierunter vor allem die Eindämmungspolitik der Westalliierten und der deutschen Behörden gegenüber der KPD. Insgesamt stellt sich in der Analyse von Major der Zerfall der KPD als wechselseitiger Prozeß von Ausgrenzung, Selbstaussgrenzung und sozioökonomischer Modernisierung dar.

Ging schon die ältere Forschung von einer engen Verbindung von SED und KPD auch nach der offiziellen Selbständigkeit der westdeutschen Partei Anfang 1948 aus, so kann Major zeigen, daß die KPD sowohl von ihrem Selbstverständnis, als auch von der tatsächlichen Machtverteilung her während der gesamten Zeit ihres Bestehens eine Untergliederung der SED war. Nicht zuletzt hing die KPD am finanziellen Tropf der ostdeutschen Staatspartei. Das Zentralsekretariat und später das Politbüro der SED – in beiden Zentren der Macht waren westdeutsche Funktionäre nicht vertreten – formulierten die Politik der KPD und überwachten die Parteidisziplin im Westen. Dort fand sich die mittlere Führungsschicht der KPD vor die besonders nach der Verschärfung der Blockkonfrontation 1947/48 immer schwierigere Aufgabe gestellt, die, zumeist innenpolitischen Interessen des SED-Regimes entsprechenden, Vorgaben aus dem Osten umzusetzen, gleichzeitig aber mit ihrer Politik attraktiv für die westdeutsche Bevölkerung zu bleiben. Mit den Jahren gelang der Spagat immer weniger. Zwar gab es gelegentliche Versuche in der westdeutschen Partei, einen eigenständigeren Kurs gegenüber dem „großen Bruder“ im Osten zu vertreten, der SED gelang es aber jedesmal, die Kontrolle über die KPD zu behalten. In diesem Zusammenhang ist auch die große „Säuberungswelle“ zwischen 1949 und 1951 zu sehen, in der unter Federführung der SED 80-85 Prozent der mittleren und hohen Funktionäre im Westen ausgetauscht wurden. In Majors Interpretation war das Scheitern der KPD für die SED sogar in gewissem Sinne funktional, konnte sie doch „die Unterdrückung der KPD in der Bundesrepublik“ als innenpolitische Rechtfertigung ihrer harten Haltung gegenüber dem Westen ausschlichten.

Bis zu ihrem Verbot 1956 verlor die KPD mehr als 70 Prozent ihrer etwa 300.000 Mitglieder von 1947. Major sieht diese Entwicklung in Aufnahme der These von der „zweiten Stalinisierung“ der kommunistischen Parteien ab 1947 auch als qualitative. Die KPD transformierte von einer Massen- zu einer leninistischen Kaderpartei. Die Abhängigkeit von der SED, die Mißtrauen fördernde Atmosphäre des Kalten Krieges und der Druck durch die Verfolgungen in der Bundesrepublik führten nach Major zu einer Zunahme konspirativer Praktiken, einem aufgeblähten Funktionärskörper und einem Abbau von in den ersten Nachkriegsjahren noch vorhandenen Elementen innerparteilicher Demokratie. Während das Parteileben an der Basis versiegte, verselbständigte sich der von der SED finanzierte Wasserkopf aus Parteifunktionären.

Der innerparteiliche Wandel ging mit einem Wandel der Politik der Partei einher. Entgegen Befürchtungen alliierter Stellen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die KPD könne im Westen eine Obstruktionspolitik betreiben, beteiligte diese sich zunächst konstruktiv am Wiederaufbau in den Besatzungszonen. Allerdings wurde bald deutlich, daß sich die Partei mit ihrem auf Entnazifizierung, Sozialisierung und Landreform konzentrierten Programm kaum durchsetzen konnte. Mit Beginn des Kalten Krieges setzte ein Prozeß der politischen Isolierung der KPD ein. Durch eine Radikalisierung ihrer Rhetorik und Positionen trug die Partei dabei zu ihrer Ausgrenzung selbst bei. In den Parlamenten führte die KPD seit Ende der 1940er Jahre meist ein Paria-Dasein. Eine Vielzahl außerparlamentarischer Kampagnen rückte nun in den Vordergrund kommunistischer Politik. Ihr

Ziel war es, durch die Mobilisierung von „Massen“ Druck auf die Bundesregierung auszuüben. Im Mittelpunkt stand die Verhinderung der Westintegration des neuen Staats. Von Anfang an zeigte sich jedoch ein tiefer Widerspruch zwischen hochgesteckten Ansprüchen und dem regelmäßigen Scheitern der Initiativen. Organisatorische Schwäche, die ablehnende Haltung der Bevölkerung und Repressionen durch den Staat führten dazu, daß die kommunistischen Vorschläge chancenlos blieben.

Der einzige Bereich, in dem die Kommunisten Anfang der 50er Jahre noch einigen Einfluß hatten, waren die Betriebe und, mit einigen Einschränkungen, die Gewerkschaften. Unmittelbar nach Kriegsende besaßen Kommunisten in vielen Betrieben ein hohes Prestige, daß sich auf ihre Haltung während des Nationalsozialismus und ihre Leistungen bei der Aufrechterhaltung der Produktion über das Kriegsende hinweg gründete. Bei den ersten Betriebsratswahlen erzielten die Kommunisten besonders in der Montanindustrie hohe Stimmenanteile. In den Gewerkschaften war ihre Position von Anfang an schwächer. In einzelnen Branchen und Bezirken waren sie jedoch stark vertreten. Der Kalte Krieg brachte aber auch hier den Umschwung, der kommunistische Einfluß erodierte.

Die Westalliierten begegneten der KPD von Anfang an mit Mißtrauen. Allerdings gab es jeweils unterschiedliche Positionen und Strategien gegenüber der KPD. Befürworteten Fraktionen von „Falken“ ein eindeutiges Vorgehen gegen die westdeutschen Kommunisten, hielten „Realisten“ aufgrund des nur begrenzten Rückhalts der KPD in der Bevölkerung Diskriminierungen für unnötig und eher schädlich, da sie der KPD-Propaganda Material an die Hand lieferten. In der praktischen Besatzungspolitik dominierte zunächst letztere Position. Seit 1947 vertraten alle Westalliierten dann aber einen dezidiert gegen die Kommunisten gerichteten Kurs. Die KPD wurde häufig bewußt benachteiligt, antikommunistische Aktivitäten in der deutschen Bevölkerung gefördert und die nachrichtendienstliche Ausleuchtung der KPD – zum Teil mit Hilfe des „Fachpersonals“ der ehemaligen Gestapo – ausgeweitet.

Nach Gründung der Bundesrepublik intensivierten die deutschen Behörden ihre gegen die KPD gerichtete Politik. Der Koreakrieg markierte hierbei einen entscheidenden Einschnitt. Seit 1950/51 wurden kommunistische Organisationen und Aktivitäten zunehmend kriminalisiert, Mitglieder und Aktivisten strafrechtlich belangt. Schon in der Frühphase der Bundesrepublik wurde die KPD so faktisch in die Illegalität gedrängt. Entgegen den Behauptungen der kommunistischen Propaganda fanden die einzelnen Maßnahmen dabei die Zustimmung des Großteils der westdeutschen Bevölkerung. Der Antikommunismus konnte an überkommene Vorurteile und die tiefverwurzelte Furcht vor einer Bedrohung aus dem Osten anknüpfen. Insgesamt gesehen war die Eindämmung der KPD ausgesprochen wirksam. Ihr Erfolg zeugt allerdings auch von der Schwäche der Kommunisten in den 1950er Jahren.

Die Stärke von Majors gut lesbarer und klar gegliederter Studie ist sicherlich die Einbindung des Niedergangs der KPD in die Geschichte des Ost-West-Konflikts. Es wird deutlich, daß jede Untersuchung des Kommunismus nach 1945, die sich allein auf den natio-

nen Rahmen beschränkt, ihrem Gegenstand nicht gerecht wird. Major erweitert den Forschungsstand zudem durch seine Analyse der internen Machtverteilung und Entscheidungsfindung in der KPD und der Betonung des von der bisherigen Forschung eher vernachlässigten Antikommunismus als wichtigem Teil der Geschichte des Nachkriegskommunismus. Weitgehend ausgeblendet bleibt in Majors Arbeit allerdings die Parteibasis. Wir erfahren wenig über ihre Motive, sich der KPD anzuschließen oder sie wieder zu verlassen, ihre soziale Verankerung und ihr Selbstverständnis im neuen Staat. Nachdem unter anderem die Arbeiten von Klaus-Michael Mallmann und Eric Weitz Wege gezeigt haben, diese Phänomene zu untersuchen, stände jetzt auch eine sozial- und kulturgeschichtliche Erweiterung der Forschung zum Nachkriegskommunismus in der Bundesrepublik an.

Der Zusammenbruch des Kommunismus eröffnet nicht nur eine neue Perspektive auf die Geschichte des Kommunismus, sondern bietet auch die Möglichkeit einer generellen Neubewertung der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung. Dieses ist die Absicht eines Sammelbandes von Eric Weitz und David Barclay, der einen Überblick über das breite Spektrum gegenwärtiger Forschung zum Sozialismus und Kommunismus in Deutschland bietet. Die Beiträge verteilen sich gleichmäßig auf die verschiedenen Phasen der deutschen Geschichte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und repräsentieren die Vielfalt zeitgenössischer Ansätze in der Arbeiterbewegungsgeschichte. In einigen Fällen handelt es sich um Zusammenfassungen schon publizierter Monographien. Der Schwerpunkt des Bandes liegt eindeutig auf den politischen Organisationen der Arbeiterbewegung, weitgehend ausgeklammert bleiben die Gewerkschaften. Zwei Leitthemen durchziehen die Aufsätze: zum einen die Frage nach dem spannungsreichen Verhältnis der sozialistischen Bewegung zur Moderne, deren Durchbruch seit Ende des 19. Jahrhunderts den Hintergrund vieler Beiträge bildet, zum anderen die Untersuchung der Beziehungen zwischen den verschiedenen politischen Flügeln der Arbeiterbewegung. Die Richtungsdebatten und Diskussionen, die die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung prägten, können heute unvoreingenommener betrachtet werden als vor 1989.

Dies verdeutlicht schon der diskursgeschichtlich argumentierende Aufsatz von *Walter Breckmann* zur Debatte über den „deutschen Nationalcharakter“ innerhalb der deutschen Linken im Vormärz. In den 1830er und 1840er Jahren bildete sich die Argumentationsfigur eines politisch defizitären deutschen Charakters heraus und wurde als Mittel zur Diskreditierung des Gegners in den richtungspolitischen Kämpfen der Zeit instrumentalisiert. In der Wirkungsmacht des Denkmusters sieht Breckmann eine Ursache für das ambivalente Verhältnis der deutschen Sozialisten zur Nation in den folgenden Jahrzehnten.

Die im Ländervergleich frühe Herausbildung einer eigenständigen Arbeiterpartei in Deutschland ist seit jeher Gegenstand historiographischer Reflexion gewesen. In einer ganzen Reihe von Aufsätzen wird diesem Phänomen nachgegangen. *Hermann Beck* und *Toni Offermann* untersuchen in diesem Zusammenhang die organisatorische Frühphase der sozialistischen Arbeiterbewegung in den 1860er Jahren. Beck argumentiert, daß weniger die „Schwäche“ des deutschen Liberalismus, als vielmehr die Überlagerung konsti-

tutioneller, nationaler und sozialer Konflikte im Reichsgründungsjahrzehnt für die Trennung von Arbeiterbewegung und Liberalismus verantwortlich sei. Offermann betont demgegenüber besonders die Bedeutung des ADAV Lassalles in diesem Prozeß. Gegenüber älteren Sichtweisen hebt er die Modernität des Vereins hervor, in dem er die Konturen einer modernen Arbeiterpartei erkennt. Im ADAV war auch schon der Dualismus von radikalem Programm und reformistischer Praxis als Kennzeichen der späteren sozialdemokratischen Bewegung angelegt. *Ralf Roths* im Kontext der neueren Bürgertumsforschung stehende Untersuchung über das Verhältnis von Bürgertum und Arbeiterschaft in Frankfurt von 1848 bis 1914 führt schließlich die Abspaltung der Sozialdemokratie von der liberalen Bewegung wesentlich auf veraltete patriarchalische Strukturen und antidemokratische Einstellungen im Bürgertum zurück. Mit der Modernisierung der bürgerlichen Gesellschaft im Kaiserreich konnte aber, so das Ergebnis seiner Arbeit, die Entfremdung beider Lager teilweise wieder rückgängig gemacht werden. In Frankfurt gab es am Ende des Kaiserreiches eine vielfältige Zusammenarbeit zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Kreisen, die nach dem Krieg in der Weimarer Republik wieder aufgenommen wurde. Roths Arbeit verdeutlicht die Vorteile einer theoretisch fundierten Lokalstudie. Allerdings bleibt unklar, inwieweit seine Ergebnisse auch für andere Städte Gültigkeit haben. Die Vorteile einer kleinräumigen Betrachtungsweise demonstriert auch der Beitrag von *Adelheid von Saldern* über die SPD in Göttingen während des Kaiserreiches. Sie zeichnet ein differenziertes Bild sozialdemokratischen Parteilebens vor Ort, das sich ihrer Meinung nach der Beschreibung in den gängigen Kategorien von Radikalismus und Reformismus entzieht. Die Göttinger SPD sei vielmehr gekennzeichnet durch ein Nebeneinander von Verbürgerlichung und sozialistischer Utopie. Dies entsprach ihrer gesellschaftlichen Situation als Partei zwar sozial integrierter, nicht aber politisch anerkannter Bürger.

Die spezifische Modernität der wilhelminischen SPD ist der Gegenstand zweier weiterer Beiträge. Aus einer kulturgeschichtlichen Perspektive heraus betrachtet *Mary Jo Maynes* die Darstellung von Geschlecht und politischem Aktivismus in der sozialdemokratischen Presse von 1890 bis 1914. Ihr Ergebnis hinsichtlich des Frauenbildes ist ambivalent. Auf der einen Seite gelang es der SPD, über eine moderne Darstellung weiblichen politischen Engagements in ihrer Presse Frauen anzusprechen und in die Organisation einzubinden. Auf der anderen Seite blieben geschlechtsspezifische Muster in der Darstellung von Parteilarbeit bestehen. *Jonathan Sperber* vertritt in einem anregenden Essay die These, die wilhelminische SPD sei in wahlsoziologischer Perspektive die erste deutsche „Volkspartei“ gewesen. Anhand der statistischen Methode der ökologischen Regression weist er nach, daß am Ende des Kaiserreiches die Wählerschaft der SPD keineswegs nur aus protestantischen Arbeitern bestand. Seit 1890 stimmte ein wachsender Anteil der katholischen Arbeiterschaft und der urbanen Mittelschichten für die SPD, deren verbraucherfreundliche Agrarpolitik in den Städten auf Widerhall stieß. In einer Hinsicht schränkt allerdings Sperber seinen Befund selber ein: Der SPD gelang es nur sehr eingeschränkt, in ländlichen Regionen Fuß zu fassen.



Das Aufeinanderprallen von Tradition und Moderne bildet das wesentliche Thema der Beiträge zur Weimarer Republik. *Donna Harsch* demonstriert etwa am Beispiel der Eisernen Front, wie sich traditionale und moderne Formen der Werbetätigkeit und Selbstdarstellung in der SPD Anfang der 1930er Jahre überlappten. Nicht nur NSDAP und KPD, sondern auch die Sozialdemokraten adaptierten zumindest zeitweise moderne Formen der politischen Propaganda. Die widersprüchliche Position der SPD zwischen einer Öffnung hin zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und dem Verharren im proletarischen Milieu beschreibt der Aufsatz von *William Carl Mathews* über das „rote Sachsen“ von 1919 bis 1924. Befürwortern einer „Arbeiterregierung“ in der SPD standen Anhänger eines Bündnisses mit bürgerlichen Kräften gegenüber. Nach dem Scheitern der fragilen Koalitionsregierung mit der USPD 1923 führte dieser Konflikt die SPD in eine Sackgasse, der sie vor 1933 nicht mehr entkommen konnte. Besonders deutlich zeigt sich die fragile Stellung der Weimarer SPD im Wohlfahrtsbereich, den *David Crew* untersucht. Hier prallten sozialdemokratische Hoffnungen, über den Ausbau des Wohlfahrtsstaates dem Sozialismus näherzukommen und Bindungen zu neuen Wählergruppen aufzubauen, mit der Realität leerer Kassen und den Eigeninteressen der Wohlfahrtsklientel zusammen. Statt von ihrem Engagement für den Sozialstaat bei Wahlen zu profitieren, geriet die Partei im Gegenteil unter zunehmenden politischen Druck von rechts und links. Es gelang ihr auf Dauer nicht, die verschiedenen Empfängergruppen sozialer Leistungen an sich zu binden.

Auf einer grundsätzlicheren Ebene sieht *Geoff Eley* die sozialistische Arbeiterbewegung von Gegensätzen zwischen emanzipatorischem Ideal und ihrer Verwurzelung in der zeitgenössischen Gesellschaft geprägt. Eley beschreibt die sich vor allem im sozialistischen Vereinswesen niederschlagende Konstituierung einer sozialistischen Öffentlichkeit in den 1920er Jahren, die im Vorgriff auf die Zukunft die sozialistische Gesellschaft schon in der Gegenwart erfahrbar machen sollte. Trotz des ihr inhärenten emanzipatorischen und demokratischen Potentials bleibt für Eley die Bewertung dieser Gegenöffentlichkeit zweischneidig. Wie die breitere, hegemoniale Öffentlichkeit war auch sie durch den weitgehenden Ausschluß von Frauen und Elemente von Hierarchie und Kontrolle gekennzeichnet. Zudem berücksichtigte die Gegenkultur nur unvollkommen die Bedürfnisse und Interessen ihrer Arbeiter-Klientel, etwa in der Ablehnung der modernen Unterhaltungskultur. Dieses Versäumnis ermöglichte, so die Schlußfolgerung Eleys, dem Nationalsozialismus am Anfang der 1930er Jahre den Einbruch in Teile der Arbeiterschaft.

Zeichneten sich so die 1920er Jahre für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung durch ein widersprüchliches Verhältnis von Annäherung und Ablehnung gegenüber der entstehenden pluralistischen Massengesellschaft aus, forcierte der Schock der nationalsozialistischen Machtübernahme längerfristig den Öffnungsprozeß der SPD zur Gesamtgesellschaft. Nach der „Niederlage“ von 1933 kam es in allen Teilen der sozialistischen Arbeiterbewegung zu intensiven Bemühungen einer Standortneubestimmung. Das Ausmaß und die Grenzen dieser Anstrengungen versuchen einige Aufsätze auszuloten. Eine wichtige, wenn wohl oft in ihrer Bedeutung überschätzte Rolle spielte in diesem Zusammen-

hang die Debatte um die politische Spaltung der Arbeiterklasse als Ursache des Januar 1933. Entgegen der herkömmlichen Ansicht einer Kontinuität des Antagonismus von SPD und KPD nach 1933 argumentiert *Gerd-Rainer Horn*, daß es an der sozialdemokratischen Basis schon bald nach 1933 Bestrebungen zu einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten gegeben habe. Allerdings muß auch er konstatieren, daß sich diese mentale Annäherung nur sehr bedingt in gemeinsamer Tätigkeit niederschlug. Wie weit sich die SPD nach 1933 programmatisch über ihre Weimarer Positionen in Einzelfällen hinausbewegte, beschreibt *David E. Barclay* am Beispiel Rudolf Hilferdings. Mit der Neudefinition des Verhältnisses von Sozialdemokratie und Staat und der Reflexion über eine europäische Staatengemeinschaft stellt sich Hilferding als Vordenker der SPD der 1960er Jahre dar. Barclay läßt es jedoch weitgehend offen, wann und in welchem Umfang Hilferdings Ideen in der Nachkriegs-Sozialdemokratie rezipiert wurden. *Beatrix Herlemann* schließlich gibt einen Überblick über das komplizierte Verhältnis zwischen kommunistischen Exilgruppen und dem kommunistischen Widerstand in Deutschland. Sie bestätigt dabei weitgehend ältere Forschungsergebnisse, wonach die periodischen programmatischen Wenden der Komintern und der Exilführung nur sehr bedingt von den Widerstandsgruppen vor Ort rezipiert wurden.

Die Nachkriegszeit bedeutete für die sozialistische Arbeiterbewegung in beiden deutschen Staaten einen, allerdings höchst unterschiedlichen, Abschied von der gegenkulturellen Orientierung. Die Sozialdemokratie in der Bundesrepublik entwickelte sich, wie *Peter Lösche* zeigt, von einer verschworenen „Solidargemeinschaft“ zu einer postmodernen Organisation „loose verkoppelter Anarchie“ und paßte sich so den Gegebenheiten der pluralistischen Nachkriegsgesellschaft an. Auch programmatisch modernisierte sich die SPD. *Dietrich Orlow* beschreibt in diesem Zusammenhang, wie die SPD auf dem Gebiet der Europapolitik in den 1950er Jahren ihre defensive, das Primat der Wiedervereinigung betonende Haltung gegenüber der Europäischen Einigung aufgab, nachdem vorher schon eine prominente Gruppe von Parteimitgliedern innerparteilich für einen Richtungswechsel geworben hatte. Die Entwicklung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik ging in eine ähnliche Richtung. Gegen ältere Thesen eines Versagens der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit vor den Aufgaben Sozialisierung und Mitbestimmung verweist *Diethelm Prowe* auf den nach 1945 erworbenen langfristigen Einflußgewinn der Organisationen im politischen Raum der Bundesrepublik. Die Gewerkschaften konnten sich als staatstragende „Ordnungsmacht“ profilieren.

Anders als in der Bundesrepublik bildete die Tradition der Arbeiterbewegung ein zentrales Element in der Selbstdarstellung der DDR. Das Verhältnis von Staatskultur und der Tradition der Arbeiterbewegung war aber von Anfang an trotz aller rhetorischen Beteuerungen der SED-Führung kein eindeutiges. Dies zeigt etwa der Aufsatz von *Norman Naimark* über das Phänomen des „Sektierertums“ in der KPD/SED. Schon 1945 kam es zu Spannungen zwischen der kommunistischen Führung, die durch eine Betonung von Ordnung und eine Umarmungstaktik gegenüber konkurrierenden gesellschaftlichen Gruppen ihre Herrschaft sichern wollte, und der Parteibasis, die einen Verrat an kommunistischen

Prinzipien beklagte und ihre Vorstellungen „revolutionärer“ Gesellschaftsveränderung durchsetzen wollte. Dieses Aufbegehren der Basis ließ sich von der SED nur mit Mühe unterdrücken und bestand bis weit in die 1950er Jahre hinein. Auch im Fall der Frauen- und Bevölkerungspolitik wurde, wie *Atina Grossmann* beschreibt, die Weimarer Tradition nur gebrochen fortgeführt. Zwar wurden beispielsweise die Vorkriegspositionen zur Abtreibung wieder aufgenommen, sie konkurrierten aber nun mit einem pronatalistischen Diskurs, der Volksgesundheit und die gesellschaftliche Verpflichtung der Frau im Sozialismus betonte. Im Frauenbild gab es dabei auch Ähnlichkeiten über die Systemgrenzen hinweg, wie der Beitrag von *Hanna Schissler* zur Frauenpolitik der SPD nach 1945 veranschaulicht. Trotz einiger gegenteiliger Forderungen blieb die SPD wie die Gesamtgesellschaft und das Arbeitermilieu einem weitgehend traditionellen Rollenverständnis verhaftet. In der Partei selber wurden Frauen sowohl integriert als auch marginalisiert. Erst die 1970er Jahre führten hier einen Wandel herbei. Ein Anknüpfen an bürgerliche Traditionen stellt *Anna-Sabine Ernst* in der DDR im Bereich der kulturellen Umgangsformen fest. Die SED kämpfte in den 1950er Jahren gegen „proletarisches Verhalten“ und den Proletkult und versuchte, „bürgerliche“ Werte und Etikette zu propagieren. Neben einer Konzession an bürgerliche Gruppen spielte als Motiv vor allem die Absicht eine Rolle, diese Normen als sozialen Kitt und Stabilisator der jungen DDR-Gesellschaft zu gebrauchen.

Die Beiträge des Sammelbandes zeichnen ein differenziertes Bild des Wandels der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Vormärz. Besonders das meist komplizierte Verhältnis von Utopieorientierung und Realpolitik wird herausgearbeitet. Dagegen hätte man sich eine stärkere Diskussion der Verbindung von Arbeiterbewegungs- und Arbeitergeschichte gewünscht, wie sie beispielsweise über das Milieumodell erreicht wird. Schließlich erfolgt leider keine durchgängige Berücksichtigung der Gewerkschaften, das Panorama der deutschen Arbeiterbewegung bleibt in diesem wichtigen Bereich unvollständig.